

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18931004

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburgr Echo.

Das „Hamburgr Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Beleggeld vierteljährlich M. 4.20; durch die Kollportoren wöchentlich 36 Pf. frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktor: C. Heine in Hamburg.

Mittwoch, den 4. Oktober 1893.

Anzeigen werden die sechsgepaltenen Beilagen oder deren Raum mit 30 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet.
Anzeigen-Nachnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die russische Finanzpolitik.

Das große Ziel der russischen Politik ist, Europa dem Slaventhum zu unterwerfen.

Unter den Mitteln, mit denen dies Ziel angestrebt wird, ist die russische Armee nicht das gefährlichste. Bei ihrer inneren Schwäche, bei der Fäulnis in ihrer ganzen Verwaltung spielt sie mehr die Rolle eines drohenden Gefpenstes.

Ihr größtes Aufwuchst entwickelt die russische Staatskunst in ihrem Finanzsystem. Dies wird so gestaltet, daß das von Ausland bedrohte Europa die Kosten der russischen Kriegertruppen tragen muß.

Bekanntlich haben die deutschen Kapitalisten groß und klein etwa vier Milliarden Mark in russischen Papieren angelegt. Die russischen Papiere sind zu Bismarcks Zeiten von der offiziellen Presse bald empfohlen, bald als schlecht bezeichnet worden. Wer den Gewinn von diesen Pfennigbäumen geholt hat, läßt sich hier nicht unterfragen; Tatsache ist nur, daß viele deutsche Krieger auf die russische Beiratsreise gegangen sind.

Frankreich muß seine Fremdenhaft mit dem Kauten- reiche sehr theuer bezahlen. Nominell haben die in Paris notierten russischen Anleihen den Betrag von 9 Milliarden erreicht. Ein französisches Finanzblatt be- rechnet, daß faktisch etwa sieben Milliarden- Franks französischen Geldes in russischen Papieren angelegt seien. Man kann annehmen, daß aus Frank- reich und Deutschland allein etwa zehntausend Millionen Mark nach Ausland gewandert und gegen russische Obligationen, Dispositionen, ausgeliefert worden sind; vom übrigen Europa abgesehen.

Schon dieser Umstand sichert Ausland eine gewisse Ueberlegenheit. Wenn Frankreich oder Deutschland in einen Krieg mit Ausland verwickelt würde, so wären alle diese Obligationen wertvolle Papierbullen und es würde kein Pfennig Jenseit mehr geholt. Die Großen dieser Erde wissen recht gut, warum sie ihre Schätze meistens in der englischen Bank auflegen; dies thut sogar der Kaiser selber. Auf den Reim russischer Staatspapiere zu gehen, das bleibt dem mittleren und kleineren Kapitalisten überlassen.

Welch ein Jammergeheiß, wenn ein „nationales Unglück“ wird das werden, wenn Ausland einmal nichts mehr zahlt! Und das wird nicht ausbleiben.

Ausland vergißt seine Staatsschulden jährlich mit etwa einer halben Milliarde Mark. Es leuchtet ein, daß dies auf eine Fortsetzung des Russophobismus dringt, wenn man bedenkt, wie viel in der russischen Finanzverwaltung an den Händen von den Staatsdielen hängen bleibt. Der jetzige russische Fiskus befindet sich in Frankreich fast genau auf dem Stand, den ein großer russischer Puma vorzuweisen, und allem Anschein nach wird er auch ge- langen. Die Sache wird nach russischem Brauch sehr einfach gemacht. Man wird doch nicht glauben, der Engherzigkeit der russischen Fiskus über den russischen Fiskus zu sein, daß er demnach, um seinen „Patriotismus“ zu beweisen, bei einer neuen russischen Anleihe auch seinen Anteil wieder aufstehen wird.

Der Panama-Skandal ist noch nicht das bedenklichste Zeichen der Korruption der russischen Bourgeoisie ge- wesen. Damit wollen wir aber nicht sagen, daß es bei uns besser sei; wir haben in Deutschland „Korallen- blätter“ grade genug.

Die russische Finanzverwaltung wird weiter arbeiten. Ausland ist in dieser Beziehung noch leistungsfähiger als man glaubt. Die Staatsschulden erfordern nämlich in Russland an Verzinsung M. 6.05 pro Kopf, während sie in Deutschland M. 10.08, in Österreich M. 12.02, in Italien M. 18.55 und in Frankreich gar M. 22.08 pro Kopf erfordern.

Die russische Diplomatie, die durch ihre Hinterlist, Ueberlegenheit und Brutalität sich immer eine gewisse Ueberlegenheit über die Staatsmänner anderer Länder bewahrt hat, wird es fertig bringen, immer wieder An- leihen aufzunehmen und so Europa mit dem russischen Finanzsystem wie mit einer ungeheuren Schling- und Schmarotzerpflanze zu umspinnen.

Sobald die Russen Geld bekommen, wird es ver- wendet, zunächst die gewünschten Zutritten in fast allen Ländern auf dem Wege der Beschäftigung zu spinnen; alsdann werden, wenn möglich, einige Beutegänge in Affen unternehmen, die sich rentieren. Die Hauptfrage bleibt aber eine Truppenvermehrung, die ge- wöhnlich nur ein Teil von dem ist, wofür sie ausge- geben wird. Auf die Truppenvermehrung folgen dann die bekannten „Truppenverschiebungen“, die Capri ein so hübsch charakterisiert hat. Österreich und Deutschland werden umringt; sie vermehren ihre Truppen; dann erfolgt in Frankreich der gewöhnliche Alarm der Chauvinisten, die in Deutschland werden begeistert; der „Freund“, der Zar, bekommt wieder gepumpt; und so geht die Geschichte weiter; die „Schraube ohne Ende“. Die Russen werden Frankreich und Deutschland gegen- seitig erschöpfen, und das gelingt am besten durch die bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Rüstungen. Und die Bourgeoisie Europas bringt gegen gute Zinsen das Geld für die kulturell-russische Politik auf!

Man sieht daraus, daß die Bourgeoisie, trotz ihrer elenden Proben, woher „Patriotismus“ noch „Waterland“ hat, und daß sie immer dem Welt- biete nachläßt.

Daher ist auch das kapitalistische Europa kaum fähig, Europa auf die Dauer gegen die niederträchtige russische Politik zu behaupten. Auch hier liegt die Rettung nur im Sozialismus, welcher die Wunder- dinge, die der russische Rubel zu Stande bringt, unmöglich macht.

Von der Weltbühne.

Immer mehr in's Gedränge gerathen die Steuer-Reformer. Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß die Reichssteuer- bzw. Dedungsfrage noch weit mehr Schwierigkeiten machen wird, wie die Militärvorlage für die Zukunft. Noch immer ist es allein das belagerte Venedig, die Parteien- feuer, welche Aussicht auf Annahme hat. Wein- und Tabaksteuer hingegen treffen selbst schon bei einem Theile der Regierungen auf entschiedenen Widerstand; der vielversprechende „Interessen- Gegenstand Süd und Nord“ macht sich in immer höherer Grade geltend. Die Süddeutschen haben, was man ihnen wahrhaftig nicht verdenken kann, keine Lust, dem preussischen System der Volksbeglückung be- rechtigte Interessen zum Opfer zu bringen. Wie aus der „Frankf. Ztg.“ erhellt, wehren die süddeutschen Staaten sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Reichs- Weinsteuer bereits bei Wein im Werthe von M. 50 pro Hektoliter beginnen soll. Diese Abkühlung der „Qualitätsweine“ führt nach ihrer Begründung auf eine starke Benachteiligung des Südens. Sie haben andere, nicht näher bezeichnete Vortheile gemacht, welche aber abgelehnt werden, und man sollen sie ent- schlossen sein, die Verschönerung der Weinberge nicht an- zunehmen, überhaupt nicht weiter nachzugeben. Es ist in der That, wenn die „Nat.-Ztg.“ sagt, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen gäben nur 18 von den 58 Stimmen im Bundesrat. Ultramontane Stimmgeber aber:

Man hätte alle Veranlassung, auf die durch die letzte Militärvorlage wahrlich nicht verbesserte Stim- mung der Bevölkerung Süddeutschlands zu achten, statt durch Mehrheitsentscheidungen über die Angelegenheiten hinwegzugehen. Die stärkere Belastung des Südens in Süddeutschland steht gegen den Widerstand bezeugt. Die neue Fabriksteuer ist nun allerdings ge- eignet, die Süddeutschen zu verärgern; denn ihr Ab- bau wird von den Steuern befreit und damit ihnen die Herstellung billiger Zigaretten für den Massenverbrauch erleichtert, während in Norddeutschland die Fabrikation durch den Zoll auf fremden Tabak erschwert wird. Aber das ergibt sich in Süddeutschland nicht anschlüssig.

Die „Kölnische Volks-Ztg.“ meint, die „Ver- scheinung“ in Süddeutschland sei da. Nach unseren Informationen ist die Erbitterung gegen die preussische Hegemonie der rassistischen Ausländer- Ueberlegenheit werden gegen die Wehrkraft sich mit den Süddeutschen sehr wahrscheinlich auch die meisten Ab- geordneten der Rheinprovinz verbinden. Denn es ist doch unbestreitbar, daß die Steuern auf „Qualitäts- weine“ im Werthe von M. 50 pro Hektoliter für den kleinen Winzer am Rhein und an der Mosel schwer- drücken, der doch so zu sagen auch Landwirt ist.

Der oben erwähnte Artikel der „Kreuzzeitung“ läßt bereits erkennen, daß viel mehr, als bei der Militär- vorlage für die einzelnen „ordnungsrechtlichen“ Ab- geordneten das Interesse ihres Wahlkreises ausschlag- gebend sein wird. Die „Antiristen“ werden gegen ihn wenig aussprechen, wenn ihre Wähler Weinbau oder Tabakfabrikation betreiben. Bei der Abkühlung über eine Steuerfrage wird es ganz anders vor sich gehen. Die persönlichen Interessenfrage stellt sich, als wo es sich mit allgemeinen Interessen über „Schonung der schwächeren Schichten“ abspielen und einschließen lassen konnte. Es wird demnach schwieriger sein, die Par- teien, die für die Militärvorlage gestimmt haben, zusammenzuhalten. Die Regierung ihrerseits hat den Parteien auch kaum etwas zu bieten. Die Polen haben bis jetzt noch nicht einmal den ihnen ausgesetzten Schul-Wechsel honoriert gesehen. Die Antifeministen haben sich auf ihrem norddeutschen Parteitag u. s. w. ausdrücklich gegen die Tabakfabrik- steuer erklärt und dürfen schwerlich auf ein Einigen- kommen der Regierung rechnen, für das sie abermals einsteigen könnten. Von solchen kleinen Gruppen wird aber das Schicksal der Steuer-Vorlagen noch mehr abhängen, als das der Militär-Vorlage, falls sie über- haupt Aussicht auf Annahme haben.

Außerdem ist allen Steuerplänen, insbesondere so weit sie über das unbedingte Bedürfnis zur Deckung der neuen Militäraufgaben hinausgehen, durch das Bekannt- werden weiterer Ansprüche des Militärs- m. s. w. ein neues Hindernis in Form begreiflicher Ueber- muth in den Weg geworfen worden.

Zu der geplanten Tabakfabriksteuer nahm am Sonntag Vormittag eine öffentliche Ver- sammlung Berliner Tabakarbeiter und Ta- batarbeiterinnen unter ansehnlicher Ab- theilung eines Zusammenkommens mit der Fabrikanten in dieser Frage, die nur scheinbar gemeinsame Interessen berührt, Stellung durch einstimmige Zustimmung zu fol- gender Resolution: Die pp. Verammlung be- schließt: „In Erwägung, daß alle indirekten Steuern auf Verbrauchsgegenstände der großen Masse des Volkes eine höchst ungerechte und verwerfliche Belastung grade der ärmsten Kreise des Volkes bedeuten; in Erwägung, daß von den Vertretern der Reichsregierung, wie von Vertretern der Parteien, welche für eine Vermehrung der Staatsausgaben eintreten, bestimmt versprochen worden ist, die neuen Steuerlasten von den Schultern der wirtschaftlich Schwachen möglichst fernzuhalten; in weiterer Er- wägung, daß die Einführung der Tabakfabriksteuer einen erheblichen Schaden für die Arbeiter und damit insbesondere den Verbrauch von Zigaretten weitaus ein- schränken wird, zweitens die in der Tabak- branche noch zahlreich vorhandenen Kleinbetriebe sowohl durch die Verschönerung des Produktes wie durch die mit der Tabakfabriksteuer notwendig verbundene äußerst komplizierte und belästigende steuer- amtliche Kontrolle gegenüber dem Großbetriebe ganz konkurrenzunfähig machen und zu Grunde richten wird, drittens mindestens 50 000 in der Tabakindustrie be- schäftigte Arbeiter erwerbslos machen und dem noch ver- bleibenden Rest der Arbeiter die ohnehin schon äußerst unangenehme Lohn- und Arbeitsverhältnisse gradezu un- erträglich machen wird, auf das Entschiedenste gegen die projektirte Tabakfabriksteuer sowie gegen jede andere Form der härteren Steuerbelastung des Tabaks Protest zu erheben und den Reichstag zu veranlassen, gegen derartigen Gesetzesvorlage keine Zustimmung zu versagen. Die Verammlung beschließt ferner, in Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Frage für die gesamten gewerblichen und kommerziellen Verhältnisse Berlins, in nächster Zeit eine allgemeine Versammlung der Ein- wohner Berlins zum Zwecke der Protesterhebung gegen diese Steuerpläne der Regierung zu veranstalten.“ Im Anschluß hieran wurde beschlossen, in gleicher Angelegen- heit im November während der Tagung des Reichstages einen Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Agitation gegen die Weinsteuer. Diefelbe Agitation, die seit Wochen von den Tabakarbeiterinnen gegen die Tabaksteuer betrieben wird, beginnt sich unter den Weininteressen gegen die Weinsteuer zu regen. Einmal ist es ein bauerntreuende Orte der Rala haben sich, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, an die bayerische Kammer mit einer Eingabe gegen die geplante Weinsteuer gewandt. Die Eingabe führt aus die Lage des Weinbaues sei eine höchst unangenehme, indem die Wein- berge durch strenge Winter und neu auftretende verwerfende Nebenthaten vielfach beschädigt seien, der Verkauf deutscher Weine im Inlande sei in Folge der schlechten Geschäftslage der Qualität nach im Rück- gang begriffen, die Ausfuhr aber habe theils ganz auf- gehört, theils gehe sie stark zurück; ferner sei es völlig unthunlich, eine Steuer auf einzelne Werthklassen deutscher Weine zu legen, ohne gleichzeitig sämtliche ausländische Weine, auch die niedrigeren Werthklassen, mit derselben Steuer zu belegen, was wegen der Handelsverträge seine Schwierigkeiten habe; da ferner ein Verbot der Haupt- sächlich in Norddeutschland ausgeübten Weinlage im Weinberge nicht erzielt werden sei und diese Art der künstlichen Weinvermehrung durch das reichliche Anpflanzen von Weinreben, die für die künftige Wein- vermehrung zum Schaden des süddeutschen Weinbaues allein beschränkt bleiben, sondern müßte sich auf den ganzen Handel und Verkehr hemmend und sehr theurer Kontrollapparat notwendig, dessen Kosten in keinem Verhältnisse zu dem Heinertrag der Steuer ständen.

Die national-liberalen Pfälzer, welche gelegent- lich der sommerlichen Reichstagswahlen vor lauter „Patriotismus“ Begeisterung sich nicht zu lassen wußten und Jeden für einen Vaterlandsverräter erklärten, der nicht unbedenken so jagte zu der Militärvorlage, werden allmählich vom Schreck erfaßt über die herrliche Be- stimmung, welche sich die deutschen Wähler eingebracht haben dadurch, daß sie sich von der Militärdemagogie ins Verstandesgehirn haben lassen und der Reaktion Vor- handlung geleistet haben. Die famosen Steuerprojekte werden auch sie fertig und sie zeigen sich, die „Patrio- tische“ Haltung bei den Wahlen ist grade für die Pfälzer auch gar zu bitter. Die Weinsteuer würde, wie sie in der beschriebenen Form Tausende, den Pfälzer Wein- bauern ungeheuren Schaden zufügen. Die Oppositionen, laut regt sich daher selbst bei den National-liberalen ge- gen die Vorlage. In einer am Sonntag in Speyer abge- haltenen national-liberalen Versammlung fragte ein Redner unter großem Beifall, ob die neuen geplanten Steuern die Erfüllung des Versprechens be- deuten, das dem deutschen Volke während des Wahl- kampfes von hoher Stelle gegeben wurde, daß die ent- stehenden neuen Lasten auf die starken Schultern gelegt werden sollten. Nach den Klagen aus den Arbeiter- und bauerntreuen Kreisen sei leider das Gegen- theil anzunehmen. Ueber den bezeichneten es als die wichtige Aufgabe für die Wählgewinn, unter dem Drucke von oben, diese Vorlagen zu bekämpfen und den Abgeordneten des Reichstages, Dr. Clemen zu er- linden, in Erfüllung seines Versprechens aus der Wahl- zeit, gegen die Steuerentwürfe zu kämpfen.

Das klingt sehr ernstlich. Aber die Militärvorlage, deren Folge die Steuerprojekte sind, wurde Anfangs von den National-liberalen beifällig aufgenommen und schließlich doch angenommen. Wir trauen der Oppo- sitionskraft der National-liberalen nicht zu, daß es bei den Steuerentwürfen besser gehen wird. Ihre Wider- standskraft ist gebrochen; sie können nur noch vorher- wettern, um nachher umzufliegen. Dem Militäris- mus wird es nicht gelingen, wenn das Volk in seiner Masse sich einschließt. Männer in den Reichstag zu wählen.

Der Militär- und Marinefinanzminister schloß am Sonntag seinen jüngsten neuen Kraft zur An- stellung weiterer Forderungen. Die Hoffnungen optimistischer Vermögensgüter, endlich am Ende der Forderungen angekommen zu sein, erweisen sich jedes Mal als trügerisch. Wer von ihnen geholt hat, daß die letzte große Militärvorlage den Schlußstein abgeben werde, ist durch die neuen Marineforderungen, von denen neuerdings verlautet, sehr schnell enttäuscht worden. Es endlich den Vermögensgütern die Ge- duld ausgehen wird? Die ultramontane „Nat. Volks- Zeitung“ heißt es, indem sie bemerkt:

„Se unverkennbar die Unerträglichkeit des Militäris- mus hervortritt, um so eher dürfen wir auf ein endliches unaufhörliches Nein des Reichstages gegenüber den unerlösten Plänen des Militäris- mus zu Wasser und zu Lande hoffen, das sich auch durch die Steuerentwürfe nicht zu machen läßt. Es ist gar kein Zweifel, die Antiristen“ haben als letzte Ziel im Auge, Deutschland zur See ebenso mächtig und unumwunden als zu Lande, wie zu Lande, soße es, was es wolle. Das Zentrum wird diesen Maßlosigkeit gegenüber keinen Augenblick schwanken. Se unverkennbar sie zu Tage treten, um so eher darf man selbst von der Wehr- heit des jetzigen Reichstages ein Verändertes dafür er- warten, daß er nicht dazu da ist, um zu Allem zu ja- gen; sondern um die Interessen des Volkes wahr- zunehmen.“

Wenn der Verband und das Interesse der Volks- gemeinschaft entgegenstehen, dann freilich konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung mit ihren unerlösten Plänen endlich auf entscheidenden Wider- stand stoßen würde. Aber entgegenstehen ist leider das Interesse das Kapitalismus, der einerseits den Mil- itäris- mus als Schutzmantel gegen den „Umwurf“, ander- theils die Staatsschulden als Kapitalvermehrung be- trachtet und dadurch alsbald ungezügelt Millionen aus den Taschen der Steuerzahler als Jinsen einzieht. Deshalb wagen wir kaum zu hoffen, daß selbst die Schwierig- keiten der Steuerentwürfe der Vermögensgüter haltbare Fäden anlegen werden.

Der „edle“ Herr von Hammerstein ist der Mann des Tages“, d. h. der Kritik, die sich mit seiner so ganz plötzlich gekommenen Enttöndung der Reichsheile, die eine Tabakfabriksteuer seinem Wahl- kreise zufügen würde, beschäftigt. Der Oberbürger- meister des ultraliberalen Göttes wird nichts Stillschaltendes einwenden können gegen den Vorwurf der „Frankf. Ztg.“, daß aus seinen Ausrufungen der gefährliche und prägnante Paraklismus der bora- fische, vernehmbar sei. Eine offiziöse Stimme in den „Berl. Vol. Nacht.“ höflich:

„Wenn die „Kreuzzeitung“ besonders das Interesse der wirtschaftlichen Tabakarbeiter und der darin beschäftigten Arbeiter betont, so liegt es nahe, daran zu denken, daß Freiherr von Hammerstein in Person seine zum Reichstage gewählte ist, nachdem ihm sein früherer Wahl- kreis im Stich gelassen hatte, und daß Herr Stöcker ein vielbesetzter Mandat in den nächsten Wochen gegen einen starken Angriff zu verteidigen hat.“

Auch der Gegenwärtigkeit der „Kreuzzeitung“, anstatt des Tabaks das Bier heranzuziehen, findet in dem offi- ziösen Organ keine Zustimmung:

„Der Vorschlag der Wiederaufnahme des Planes einer höheren Besteuerung des Bieres kann wohl kaum ernst gemeint sein, wird vielmehr nur zu aliquid faccioso videntur gemacht. Denn ihm steht die bis jetzt unüberwindliche Schwierigkeit einer Verständigung mit Bayern und die von dem Herrn Reichstagspräsidenten der Bundesregierung bei der Verhandlung über das Militärgesetz abgegebene Erklärung entgegen. Soweit sich die Sache zur Zeit übersehen läßt, hätte auch der Plan, soviel mehr auf das Bier zu schlagen, als der Vertrag der Tabakfabriksteuer ausmacht, im Reichstage nicht die mindeste Aussicht auf Annahme. Scheitert so- nach das Bier aus der Reihe der Steuerentwürfe aus, welche für die Finanzreform jetzt hauptsächlich in Frage kommen können, so bleibt als Ersatz für den Tabak in der That nur der Branntwein übrig. Sollen aber 50 bis 60 Millionen Mark mehr als bisher aus dem

Branntwein gezogen werden, so wird das sich nicht ohne schwere Schädigung der Landwirtschaft vor sich gehen können. Es wird daher nicht ohne Interesse sein, zu sehen, wie die konservativste Partei, welche sonst die Inter- essen der Landwirtschaft so lebhaft vertritt, sich zu der Auffassung der „Kreuzzeitung“ stellen wird.“

Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß Herr von Hammerstein in dieser Frage die Mehrheit der Konser- vativen nicht hinter sich haben wird. Auch die freikonserervative „Vol.“ weist den Vor- schlag der „Kreuzzeitung“, statt der geplanten Tabak- steuern die Biersteuer zu erhöhen, sehr entschieden zurück. Das Blatt sagt u. A.: „Soweit man schon jetzt als sicher angenommen werden darf, wenn von der Heranziehung des Tabaks ganz abgesehen werden müßte, selbst nicht einmal die Dedung des Mehr- bedarfs für die Militärvorlage, geschweige denn eine Finanzreform im großen Stile möglich wäre, denn der Tabak bietet das morosane der resistances der Steuer- pläne, der Rest, Wöstensteuer, Lotteriestempel, Wein- steuern, bringt nicht eben allzu viel und nicht entfernt genug, um auch nur die Kosten der Militärvorlage zu decken; auf die Biersteuer zurückzugreifen, wie die „Kreuz- Zeitung“ vorschlägt, erscheint aber ganz aus- geschlossen. Selbst wenn die Regierung, entgegen ihren Erklärungen, auf eine Erhöhung der Biersteuer, um 55 Millionen zu bringen, über eine Verdobbelung der jetzigen Sätze weit hinausgehen müßte, zurückkommen würde, so ergäbe sich die Annahme eines solchen Vor- schlages in dem Reichstage bei seiner jetzigen Zusammen- setzung ganz ausgeschlossen. Die Regierung hat das Tabak als das Bier verwerfen, heißt daher, ihr Steine statt Brot zu bieten, und ist mithin nichts Anderes, als ein leeres Spiel mit Worten. Tabak aber abzulegen, ohne genügenden Ersatz zu bieten, ruft die Gefahr her- vor, daß der Branntwein wieder ernstlich in Ver- acht kommt; dies sollte man im Interesse der Land- wirtschaft vermeiden.“

Die „Kreuzzeitung“ selbst scheint sich dieser Gefahr sehr wohl bewußt zu sein; sie nimmt Anlaß, die „Reichs- zeitung“ zu vertheidigen, und sie thut das in der Weise, daß sie unter schärfster Verleumdung der Wahrheit den „Reichs-“ konfirt, daß die 40 Mil- lionen-Beibehaltung“ weder jetzt lediglich in die Taschen der Brenner fließt, noch daß Aufhebung des Kontrahents auch nur zum geringsten Theile den Reichspausen zu Gute kommen würde.“

Dazu wird bemerkt: Für die geplante Reichssteuerreform ist daher die „Reichs-“ ohne Belang. Will man die Lasten dieser Reform wirklich durch eine veränderte Besteuerung des Spiritus wieder ausschließen auf die Schultern Nord- deutschen abladen, dann bleibt nur das Hochspiritus- monopol übrig. Wir werden abwarten, ob dies den nicht bairischen Gegnern der Biersteuer zuzut.“

Natürlich werden bei Einführung solch eines Mo- nopolis die Jüdel-Barone kein schlechtes Geschäft machen. Sie werden die Brenner behalten und das Reich würde den von ihnen produzierten Hochspiritus zu einem geschäftlich fehlgeleiteten Preise verkaufen. Dafür könnten sie auf die Beibehaltung von 40 Millionen schon verzichten. Das Monopol würde ihnen einen höheren und sicheren Profit garantieren, der nicht mehr be- trübt werden kann von der freien Konkurrenz und den Schlingentänzen des Marktes.

Die neueste Stellungnahme der „Kreuzzeitung“ zu den Steuerentwürfen hat den nicht zu unterschätzenden praktischen Werth, daß unsere Steuerhinterwälder wohl oder übel auf ihre Rechte aufmerksam werden, welche infamer Schwindel es ist, immer noch der Volksmasse glauben machen zu wollen: die neuen Steuerlasten würden nicht auf die schwachen Schultern gelegt werden!

Was nun? In Berlin sind vorgestern die Kommissionen der deutschen und russi- schen Regierung zusammengetreten, um nach längerer Unterbrechung die Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag fortzuführen. Nach ist in allgemeiner Erinnerung, was im Juni und Juli zum vorläufigen Abschluß der Unter- handlungen geführt hat, nachdem diese sich bereits jahre- lang hingezogen und in ihrem wechselnden Verlauf sich die Möglichkeit eines Vertrages als erreichbar heraus- gestellt hatte, seit in das russische Finanzministerium mit Bitte ein zielbewußter Wille eingeworfen war. Es war- wie heute kaum noch irgendwo bezeugt wird, die Rück- sicht auf die Militärvorlage und die Agitation, wie die Berliner Regierung zu dem seltsamen Vorwand der „Verhandlungsbeschäftigung“ der Minister und Mäthe ver- anlaßt, damit nicht die Mehrheit für die Militärvorlage durch Gesandte über ein Zufallkommen des Vertrages irritirt werden sollte. Ueberdies man die kurze Ent- wicklung seit dem Juni, die Reichsfinanznoth und den heftigen Steuerkampf, so wird man kaum im Zweifel sein, was dem deutschen Reichsfinanzminister fieber- hafter gewesen wäre, der Handelsvertrag oder die abermalige Heeresvermehrung. Die Ent- scheidung wird um so weniger schwer sein, wenn man die ersparten Schädigungen in's Auge faßt, die der mit äußerster Härte geführte Zollkrieg für beide Staaten im Gefolge gehabt hat. Es sind jahrelange Verbindungen gerückt worden, die namhafte Privat- und auch einen guten Theil Nationalökonomie bedrückt. Diese Importirte sind empfindlich schädlich. Tausende von Arbeitern verloren ihre Beschäftigung und es wird sich sehr fragen, ob diese Verlusten ein ent- scheidender Gewinn gegenübersteht, wenn es jetzt zum Abschluß eines Vertrages kommen sollte.

Was nun? — diese Frage drängt sich auf. Es ist zu beachten, daß Deutschland sich längst zu einem Ausfuhrland entwickelt hat, in dem Städte und ganze Provinzen auf den ausländischen Markt an- gewiesen sind; wir haben zahllose Export-Industrien. Will dieser Thatsache gegenüber das Ideal der Agrarier, Deutschland auf das Niveau eines Agri- kultur- Staates zurückzuführen, diese lächerliche und gefährliche Utopie bewirkelt werden? Das würde gleichbedeutend sein mit allgemeiner Ver- armung und Entvölkerung! Wird die Re- gierung sich auf den Boden einer Aufschauung stellen, die ein Ausfluß des rückständigsten Klassen- Egoismus ist?

Se früher die Antwort auf diese Fragen erfolgt, je besser!

Den preussischen Steuerzahlen macht der Berliner „Börse-Courier“ folgende Aufschlüsse. Nach seiner Angabe übersteigen die für 1894/95 zum vorläufigen Etat angenommenen Ausgaben die Dedung s- mittel sehr erheblich. Wenn es nicht gelingt, das finanzielle Verhältniß zum Reich zu bessern, so erscheint daher auch für das nächste Jahr die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben als wenig wahrscheinlich.

Ja, der Dales wird chronisch, wenn man die Steuerzahler nicht noch unverföhren schärft als bisher.

Gegen das Treiben der „Unabhängigen“ und deren verheerende Ausdehnung der Vorgänge auf den Reichstag konstatirt, Genosse Debel im „Vorwärts“ folgende

Erklärung. In Folge meiner längeren Abwesenheit von Hause und der dadurch verursachten Säufung meiner Arbeiten, kommt mir erst heute die Nummer 35 des „Sozialist“ zu Gesicht, in welcher Herr Gustav Landauer in Form eines „offenen Briefes“ die Aufforderung an mich richtet, eine Erklärung meiner Worte zu geben, die ich auf dem

internationalen Kongress zu Zürich gegen ihn gebraucht haben soll und deren Sinn angeblich lautete: „er (Landauer) sei ein Polize-Agent.“

Ich komme diesem Verlangen des Herrn Gustav Landauer sehr gern nach, konstatire aber zunächst, daß, was Herr Landauer mich jagen läßt, ich nicht g e g a g t habe.

Der Vorfall, gelegentlich dessen der von Herrn Landauer erwähnte Anspruch gefallen sein soll, ist folgender:

In der Versammlung der deutschen Delegation am Abend des 8. August, in welcher die Delegierten die Mandatsprüfung vornahmen, beantragte die Mandats- prüfungskommission die Ungültigkeit der Mandate der Herren Landauer und Genossen, weil dieselben auf einem prinzipiell abweichenden Standpunkt ständen, dessen Ver- tretung auf dem Kongress durch die Form der Ein- ladung zu demselben ausgeschlossen sei. Nebenbei wurde auch die Form der ausgehändigten Mandate beantragt.

Herr G. Landauer nahm darauf zu einer längeren Rede das Wort, in der er das Hauptgewicht seiner Be- weisführung gegen das richte, was die Kommission selbst als Nebenbedingung bezeichnet hatte, und behauptete unter Anderem: Auf Grund der Vereins- und Ver- sammlungs-Gesetzgebung in Deutschland sei die Aus- stellung eines Mandats von Seiten geschlossener Organi- sationen mit dem Gesetzen im Widerspruch. War daher ein solches Mandat befähigt, machte sich einer Gesetzes- verletzung schuldig und lege sich der Gefahr einer schweren Strafe aus, weshalb die Delegierten durch die öffent- lichen Verleumdungen die einzig zulässige Form sei und nicht beanstandet werden dürfe.

Der Eifer und die Unerträglichkeit, mit welcher Herr Gustav Landauer, der Revolutionär par excellence, die Gefahren der Gesetzverletzung den Anwesenden an- malte und auf die Strafen hinwies, die ihrer deshalb harften, veranlaßten mich zu der kurzen Erwiderung: daß, ganz abgesehen von der Unrichtigkeit der Darlegung Landauers über den Inhalt der deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, es Sache jedes einzelnen Delegierten sei, die Verantwortung für das ihm anver- trauete Mandat zu tragen, und daß es uns gar nichts angehe, ob bei Ausstellung desselben eine Gesetzesverletzung vorgenommen sei oder nicht. Mir mache es nur Ver- gungen zu sein, mit welchem Eifer der „Re- volutionär“ Landauer im Tone eines Polit-Geheimen über die Verletzung der Gesetze seitens der Delegierten ein- trete.

Als Herr Landauer später in öffentlicher Konse- quenz mich auf diese Verleumdung hin heftig angriff, habe ich dieselbe zum Einne nach wiederholt und namentlich auch das Wort „Polizeibeamter“ und nicht „Polizeagent“ gebraucht.

Für Jeden, der ein wenig denken kann, liegt der Unterschied zwischen dem, was ich gesagt habe, und dem, was Herr Landauer mich jagen läßt, auf der Hand. Herr Landauer läßt mich eine schwere Beschuldigung ausprechen, die ich nicht ansprechen konnte, weil sie in der That eine Unwahrheit und darum eine schwere Ver- leumdung des Herrn Landauer gewesen wäre; in Wirk- lichkeit enthielten meine Worte eine Verpötlung des Sozialismus des Herrn Landauer, einen Spott, einen Spott, den aber Herr Landauer und seine Freunde in Folge ihrer unersättlichen Unerbittlichkeit nicht merken und in eine Beschuldigung umwandeln.

Ich weiß nicht, ob Herr Gustav Landauer mit dieser meiner Erklärung zufrieden ist, ich will ihm aber kurz und bündig sagen, was ich über ihn denke:

Ich halte ihn für einen feinen Fanatiker, der Wöhe für Wöhe durch seine Elaborate im „Sozialist“, die ich mit Aufmerksamkeit lese, beweist, daß er weder das Weien des modernen Sozialismus verstanden hat, noch die Ge- schichte und die Entwicklung der Partei kennt, die er all- mählich angreift und schändlich aus der grimmigsten Gegner der Arbeiterklasse fortgesetzt beschimpft.

Berlin, 29. September 1893. A. Debel.

„Auchern vertritt ich höheres Geheimniß“, heißt es im Goethe'schen „Faust“. Unsere Offizialen ver- trauen solch „Geheimniß“ mitunter aber recht gern, wenn's gilt, ein Bild reaktionärer Schacher- politik anzugehen. Sie verbreiten folgende Volks- politik: Wählung über eine ziemlich namhafte Vorlage aus dem Reichstags-Comité hat namentlich in juristischen Kreisen sehr lebhaften Auf- feimung gefunden, zumal, da bis jetzt verbreitet war, daß alle die Punkte, in denen jetzt die erwünschte Wen- derung eintreten soll, bis zu einer Gesamtumgestaltung des Strafgesetzbuches und des Strafprozeßes verortet bleiben sollten. Zwischen den Justizverwaltungen Preußens und des Reichs, die bei der Vorlage betheiligt waren, hat sich von vornherein die vollste Ueberein- stimmung herausgestellt. Es wird angenommen, daß die frühere unerledigte Vorlage, welche man kurz mit „Lex Hering“ bezeichnet hat, nicht wieder erscheint, sondern mit dem Entwurf verjüngt wird.“

Das heißt in's Deutsche übersetzt: Die Re- gierung wird auf einige sogenannte „Reformen“ der Strafrechtspflege, vielleicht gar auf eine Entschäb- gung ungeschädigt zurückbehalten, eingehen, wenn auch man ihre im Namen dieser „Reform“ die be- rechtigte „Lex Hering“ bewilligt. Es ist nicht aus- geschlossen, daß der Reaktion auf diesem Wege zu einem „Triumph“ verholfen wird.

Ueber den Zerfall der konservativen Partei bringt die „Politische Zeitung“ einen langen Bei- richt. Derselbe behandelt zunächst die von einigen konservativen Organen getriebene Ansicht, daß die kon- servative Partei durch die „Abkühlung Stöckers“ eine Entleitung in ihre alten, gesunderen Bahnen“ bewirken werde. Das national-liberale Blatt meint demgegenüber, daß Herr Stöcker, das Volks- Programm und die gegenwärtige konservative Partei- leitung eine „untrennbare ineinander ver- wachsende Trias“ bilden, aus der die Herauslösung eines einzelnen Stüdes nur als Experiment von wenigen Wochen Verth werden könnte. Wenn Herr Stöcker nach dem Fall des Reichstages Volkschulgelehrer dem Repertoire eines vornehmen Mannes gegen- über sich als Herr und Meister der konservativen Partei gebende, so habe ihn seine Unerbittlichkeit und Eitelkeit zu einer Ueberhöhung der Rolle, die er in dieser Partei spielte, verführt. Die Schuld an Allem, was seitdem in der konservativen Partei geschehen ist, verteilte sich auf eine viel größere Anzahl von Schultern. „Es sei wahr, Herr Stöcker habe es als den großen Erfolg seiner Wir- samkeit innerhalb der konservativen Partei zu bezeichnen, daß sich die Vorantappe eines neuen Programms auf den Kopf setzte, das in Punkten von weitestlicher Bedeutung den Anschauungen ihrer Mehrheit und insbesondere ihrer früher einflussreichsten Schichten nicht entsprach; innerlich aber Ränder diese Schichten den von Stöcker vertretenen Geiste nach wie vor spröde und ab- weisend gegenüber.“

Man habe den konservativen Parteitag abgehalten, obwohl, wie aus einer späteren Veröffentlichung der „Konf. Rev.“ hervorgeht, die Mehrheit der zu ihm ein- geladenen Vertrauensmänner der konservativen Partei in den Provinzen nicht erschienen und an ihrer Stelle eine ungenügende Gesellschaft von allerhand Vereinsabord- nungen, eine zum wunden höchst einseitige Vertretung der konservativen Partei, in die Front einrückte. Auf dem so bereiteten Boden glückte dann Herrn Stöcker der große Wurf. „Er führte mit stürmender Hand die von den parlamentarischen Vertretungen und sonstigen Vorständen

zuletzt, eine Zigarrentasche und ein Paket Pinjel; Antiquar-
haussee 6 eine blaue Besourdecke im Werthe von M. 95.
Fuhlsträttelerstraße 40 eine silberne Remontoiruh
Nr. 47 781 nebst Nickelfette im Werthe von M. 28

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße 44. — Verantwortlicher Redaktör: C. Heine in Hamburg.

Er gedachte wehmüthig der goldenen Zeiten vor oder sieben Jahren, als der Transport über die Grenze fünfzigtausendmal, ja selbst hundertmal mehr als jetzt, betrug. Einige Thoren hatten sich sogar bis zu hundert vertheilt. David hatte diesen auf kühnste Weise rüdgelassen, ohne einen einzigen Menschen mitzunehmen, was allerdings wahr war, daß seitdem David die Grenze zu Hause gekommen hatte, zehn Mal nicht mehr. Die russische Grenze nach beiden Richtungen hin. Dies war ein kleiner Trost. Aber der Mann hatte sich unwillkürlich seine Lage aus, an der Vertheilung so sehr wie jetzt und die Lage für Transport so hoch wie früher war. Er träumte derart in verlorbenen Jahren hinein, daß sein Herz vor Freude hüpfte und ihm dann vorummer in Schube fiel. (Fortsetzung folgt.)

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und
Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.